

Rundbrief

Nr. 15 / Februar 2008



Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

Kontakt

Telefon: 030.440 130 28
Telefax: 030.440 130 29
info@asfrab.de
www.asfrab.de

Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

20. Februar 2008

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den letzten Wochen, wie so oft, genügt es, Nachrichten zu hören, um zu wissen, dass die Themen Frieden und Abrüstung leider nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden können. Vielmehr müssen wir weiter daran arbeiten, dass sie öfter drauf kommen, auf die Tagesordnung!

Mit diesem Brief erreicht Euch die Einladung zur Mitgliederversammlung am 4. April. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und grüßen friedlich Euer asfrab-Team ◀

Inhalt: Afghanistan: Besserung in Sicht? · Totalverweigerung: Aktuelles · In eigener Sache ◀

Afghanistan: Besserung in Sicht?

Seit Ende 2001 (Eintreffen des Vorauskommandos) ist die Bundeswehr in Afghanistan. Mit der „schnellen Eingreiftruppe“ und jeder Aufstockung des Kontingents - mittlerweile auf 3.500 Soldaten - wird sie militärisch tiefer involviert.

Der Einsatz erfolgt auf Grundlage der UN-Resolution 1386 vom 20.12.2001 zur Einrichtung der International Security Assistance Force (ISAF), an die der Bundestagsbeschluss vom 22.12.2001 anschließt. Anfänglich wurden für ISAF bis zu 1.200 Bundeswehrsoldaten in Kabul und Umgebung eingesetzt, das Mandat war ein halbes Jahr gültig. 2003 wurde der Einsatz in den Norden ausgeweitet, wo Soldaten den „wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederaufbauprozess unterstützen“ sollen. Das Mandat erlaubt „alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt“. Nach dem PRT (Provincial Reconstruction Team) in Kunduz wurde 2004 ein zweites in Feyzabad errichtet. 2005 wurde bei Mazar-i-Sharif das Camp Marmal begründet, mit allein 1.500 Bundeswehrsoldaten das größte Militärlager der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Neben dem Oberkommando der deutschen Streitkräfte in Afghanistan beherbergt Camp Marmal das von Deutschland geführte Regionalkommando Nord der ISAF.

Führende PolitikerInnen erwecken gern den Eindruck, es sei das Verdienst der Bundesregierung, dass die Bundeswehr nur in den Einsatzregionen

Kabul und Nord, nicht aber in Süd, West und Ost eingesetzt wird. Tatsache ist: Das ISAF-Bundestagsmandat lässt den Einsatz in ganz Afghanistan zu. Die Formulierung „zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen (...), sofern diese (...) zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind“, ist dehnbar. So dienen deutsche Fernmeldesoldaten unter direktem Nato-Kommando seit Oktober 2006 im Süden Afghanistans.

Der Einsatz wurde nicht nur sukzessive ausgeweitet, sondern auch mit der Operation Enduring Freedom der USA verflochten. Im Rahmen von OEF sind Spezialkräfte im Einsatz, ob derzeit auch in Afghanistan, weiß nicht einmal der Bundestag. Der im Frühling 2007 beschlossene Einsatz von Tornados zu Aufklärungszwecken ist geeignet, über ganz Afghanistan Informationen zu sammeln, die die US-Truppen für den "Krieg gegen den Terror" verwenden können. Luftaufklärung ist ein fester Bestandteil der Luftkriegsführung. Kein Militär bestreitet das - nur PolitikerInnen, die die Öffentlichkeit irreführen wollen. Als 2007 das ISAF-Mandat für ein weiteres Jahr verlängert wurde, wurde es mit dem Tornado-Einsatz verkoppelt. Was immer den Einsatz jetzt noch begrenzt - verfassungsrechtliche Bedenken Der Bundesregierung sind es offenbar nicht.

Ergeben sich aus dem wachsenden Engagement auch wachsende Fortschritte im „Einsatzland“? Verteidigungsminister Jung befand auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die Erfolge würden zu wenig gewürdigt. Nicht nur wären 28 Millionen Menschen von der Schreckensherrschaft der Taliban befreit, auch in Schulbildung, medizinischer Versorgung und Ausbau der Infrastruktur gebe es große Fortschritte. Die Suche nach Fakten über Fortschritte ist mühsam: Geschätzte Zahlen sprechen seit Anfang der 90-er Jahre unverändert und je nach Optimismus des Verfassers von 71 bis zu 90% AnalphabetInnen. Bei einer Lebenserwartung von 46 Jahren stirbt ein Viertel der Kinder vor dem 5. Lebensjahr. Millionen leiden unter den Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft. Ja, es gibt im sechstärmsten Land der Welt lokale Fortschritte. Wie bescheiden sie sind, wie mühsam sie erarbeitet werden, zeigt beispielhaft ein Blick auf die Website des Vereins zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan (www.afghanistan-schulen.de). Anfang

2008 gelang es dem schon seit 1984 tätigen Verein, mit finanzieller Hilfe des Auswärtigen Amtes für 30.000€ Strümpfe, Tücher und Mützen für Schulkinder zu beschaffen, damit sie im diesjährigen besonders harten Winter überhaupt die Schule besuchen können. 2007 erreichte der Verein u.a., dass 194 Frauen Alphabetisierungskurse besuchten und 12 Mädchen von der Home School ins Gymnasium wechselten. Sind das die Fortschritte, die Jung meint? Wie könnte es darum stehen, würden dafür die ca. 480 Mio.€ verwendet, die der deutsche ISAF-Einsatz von Oktober 2007 bis Oktober 2008 allein an direkten Kosten verursacht?

Die Sicherheitslage hat sich nicht verbessert, im Gegenteil: Je länger ISAF und OEF im Land sind, je mehr zivile Opfer sowie Tote oder Verletzte der so genannten Opposing Militant Forces es gibt, desto dramatischer verringert sich die Sicherheit. War die ISAF im Gegensatz zu den OEF-Soldaten anfänglich willkommen, weil viele Menschen mit ihnen die Hoffnung auf ein Ende des Chaos von fast 30 Jahren Krieg verbanden, nehmen in den letzten beiden Jahren Anschläge, Entführungen und Aktivitäten der militärischen Opposition zu. Das deutsche Außenministerium schreibt: „In der Hauptstadt Kabul können Überfälle und Entführungen auch tagsüber nicht ausgeschlossen werden. Im übrigen Land bestehen teilweise noch deutlich höhere Sicherheitsrisiken.“ Diese betreffen nicht nur westliche Ausländer, sondern in erster Linie die BürgerInnen des Landes.

Die Menschenrechte von Frauen werden buchstäblich mit Füßen getreten, trotz des mutigen Einsatzes afghanischer Frauenrechtlerinnen und ihrer UnterstützerInnen. Als das ISAF-Mandat durch den Bundestag gebracht werden sollte, waren Frauenrechte ein wichtiges Argument. Aber Bundeswehrangehörige sind weder beauftragt noch in der Lage, die Menschenrechte einer afghanischen Frau, die von männlichen Angehörigen misshandelt, verschleppt oder sogar getötet wird, zu schützen. Die Bundeswehr kann die herrschende Gender-Apartheid nicht abschaffen. Dafür wäre eine tiefgreifende Bewusstseinsveränderung notwendig. Wie sollen Soldaten, die vielfach nicht einmal ihr Camp verlassen dürfen, diese fördern?

Kürzlich lud ein Journalistikstudent der Universität der Provinz Balkh einen islamkritischen Artikel aus dem Internet und verteilte ihn unter Kommilitonen, um darüber zu diskutieren. Darin wurde u.a. gefragt, warum Männer im Islam vier Frauen haben dürften, Frauen hingegen keine vier Männer. Das Papier landete auf dem Tisch eines Richters in Mazar-i-Sharif, dem Ort, an dem die Bundeswehr das Kommando über die Einsatzregion Nord führt. Der Student wurde zum Tode verurteilt, das Gericht hatte Rückendeckung aus Kabul. Nicht Militärs, sondern internationale Proteste sorgten dafür, dass die afghanische Regierung den Fall überprüfen lassen will. Selbst wenn der Student freikommt, bleibt sein Leben bedroht.

Unter den Augen der ISAF haben sich Korruption und Drogenwirtschaft ausgebreitet, Warlords und konservative Mullahs reorganisiert. Wer gegen deren Macht Menschenrechte und demokratische

Freiheiten etablieren will, muss investieren: in wirtschaftliche Chancen und Bildung. Die deutsche Bundesregierung ordnet derweil Menschenrechtsfragen strategischen Zielen unter. Beweis ist die Politik gegenüber Usbekistan, einer Diktatur mit kaum gewahrter demokratischer Fassade. Menschenrechtsverletzungen führten zu EU-Sanktionen. Die Bundesregierung setzte sich für deren Lockerung ein. Warum? Vom usbekischen Termez aus wird der Nachschub für die Bundeswehr in Afghanistan organisiert.

26 deutsche Soldaten sind bislang in Afghanistan gestorben. Über die Zahl der afghanischen Opfer liegen der Bundesregierung „keine belastbaren Erkenntnisse“ vor. Doch eine Äußerung des US-Verteidigungsministers Robert Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz spricht Bände: „Afghanistan ist der erste Landkrieg der Nato.“ Das verhält sich zu dem, was das UN-Mandat forderte, wie die Praxis zur Theorie.

Totalverweigerung: Aktuelles

In unserem Dezember-Brief haben wir über den dritten Totalverweigerer des Jahres 2007 berichtet. Moritz Kagelmann befand sich im vierten Arrest, der am 19. Dezember geendet hätte. Die Truppe drohte ihm mehrfach mit dem fünften. Dank dem politischen Druck auf die Truppe, auch maßgeblich durch die Arbeitsstelle initiiert, wurde Moritz aus der Bundeswehr und am 11. Dezember aus dem laufenden Arrest entlassen. Insgesamt hat ihn die Bundeswehr 59 Tage festgehalten.- Auch in diesem Jahr ist bereits ein Totalverweigerer einberufen worden. Der 20-jährige Silvio Walther soll am 1. April den Kriegsdienst beim Gebirgsfermeldebataillon in Bad Reichenhall antreten. Nach Erhalt des Einberufungsbescheides teilte er sowohl dem Kreiswehrrersatzamt wie der Bundeswehr mit, dass er zwar in die Kaserne fahren, dort aber alle Befehle verweigern werde. „Die Wehrpflicht ist und bleibt eine Verletzung der Menschenrechte und der Verfassung“, so Silvio. ◀

Neu auf www.asfrab.de

Im Dezember 2007 publizierten wir einen Text von Reimund Homann, der sich mit privaten Militärdienstleistern beschäftigt. Aus wirtschaftlichen Gründen engagiert, weichen sie das staatliche Gewaltmonopol auf.- Anfang 2008 erschien eine Auseinandersetzung mit dem Bundeswehrskandal Coesfeld. Michael Behrendt diskutiert darin das Systematische vermeintlicher „Einzelfälle“.

www.asfrab.de/Publikationen/Positionen.php

Das Büro führt die Chronik von Vorkommnissen bei der Bundeswehr fort und aktualisiert laufend:

www.asfrab.de/Publikationen/Profil.php

In eigener Sache: E-Mail-Verteiler

Ab und an senden wir Informationen oder Anfragen an die ASFRAB-Mitglieder per E-Mail. Leider sind viele Adressen veraltet. Bitte teilt uns Eure aktuelle E-Mail-Adresse mit: info@asfrab.de. Ihr helft damit beim wirtschaftlichen Umgang mit Spendengeldern. Rundbriefe und Einladungen zu Mitgliederversammlungen werden weiterhin mit der Post verschickt. ◀

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt